Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 128. Freitag, den 17. August. 1866

Landtag.

Der Adreßentwurf, welchen der Abg. Dr. Gneist Namens der Fraction des linken Centrums bei dem Abgeordnetenhause eingebracht hat, und wahrscheinlich die Majorität erhalten dürfte lautet;

Allerdurchlauchtigster ꝛc.

Mit stolzer Freude blickt das preußische Volk auf die Waffenthaten, welche unter Euer Majestät Führung das preußische Heer in einem Feldzuge vollbracht hat, der dem ererbten Ruhme unseres Königshauses neue Lorbeeren hinzufügt.

Groß waren die Anstrengungen, schwer die Verluste. Viele Tausende seiner tapferen Söhne betrauert das Vaterland. Aber aus dem Blute der Gefallenen, aus den willig dargebrachten Leistungen werden Früchte erwachsen, welche solcher Opfer werth!

Majestät! Nach diesen Erfolgen kann auch das Land es mit Befriedigung wahrnehmen wenn es gelungen ist, die bisherigen Kosten des Krieges aus den Staatseinnahmen und durch die Natural-Lieferungen des Landes bereit zu stellen. Um so mehr ist das Haus der Abgeordneten bereit, die Mittel, welche zur erfolgreichen Beendigung des Krieges und zur Bezahlung der Landleistungen erforderlich, in verfassungsmäßiger Weise zu gewähren. Allerdings entbehren die Staatsausgaben der letzten Jahre der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt nur durch das nach Art. 99 der Verfassungs-Urkunde nothwendige Gesetz erhält. Um dies Gesetz zu Stande zu bringen, hat das Haus der Abgeordneten seinerseits alle zur Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, alle zur Erhaltung des Heeres und der Staats-Institute, alle zur Fortsetzung einer geregelten Staats-Verwaltung erforderlichen Mittel jederzeit notirt. Nur durch die vorhandene Meinungsverschiedenheit über die Erweiterung des Militär-Etats ist eine neue Auslegung der Verfassung veranlaßt, welche die Rechtspflege und die gesammte innere Landes-Verwaltung in Mitleidenschaft gezogen hat. Wir danken mit freudiger Genugthuung für das hochherzige Königliche Wort, welches die Nothwendigkeit des Staatshaushaltsgesetzes und der Indemnität für die Vergangenheit ausspricht. Für die Zukunft vertrauen wir, daß die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres die Gefahr eines Conflictes verhüten, und daß mit der Veranlassung dazu auch die Folge dazu gehoben sein wird.

Allergnädigster König und Herr!

Was Deutschland seit Generationen vergeblich gehofft und erstrebt, das große Werk der Deutschen Einheit, ist durch Ew. Maj. tapferes und entschlossenes Handeln der Wirklichkeit nahe gerückt. Die nothwendige Auseinandersetzung mit dem österreichischen Kaiserstaat ist erfolgt. Bei der Erweiterung des preußischen Staats-Gebiets werden nicht mehr die Rücksichten auf die Dynastien, sondern die Interessen des Volkes entscheiden.

Es wird sich jetzt darum handeln, das durch die Waffen Errungene zu vollenden und zu befestigen, durch Weisheit und Gerechtigkeit: vor Allem das ganze Deutschland zusammenzufügen und zusammenzuhalten, durch sichere Bürgschaften dafür, daß unter Ew. Maj. erhabenem Scepter die Rechte des vereinigten deutschen Volkes ebenso unumwandelbar fortbestehen werden, wie die Majestät des Reichsoberhauptes.

In Würdigung dieser Aufgabe ist das Haus der Abgeordneten bereit, alle Streitfragen zurückzustellen, welche in der Gegenwart durch den Kriegszustand erledigt, in der Zukunft durch die Einrichtung eines deutschen Bundesheeres ihre gesetzliche Erledigung finden werden.

Wie aber in der preußischen Epoche 1808 bis 1815 die Abwehr fremdländischer Herrschaft und die Verjüngung des inneren Staatslebens Hand in Hand ging, wie die Erweckung aller Volkskräfte eine neue Ordnung des Gemeindelebens und die Grundlegung der Volksrechte und Beirath von Männern, welche den bewährten Ruhm preußischer Landesverwaltung und Justiz vertraten, Hand in Hand gingen mit der erweiterten Machtstellung nach Außen: so wünschen wir, daß es Ew. Maj. beschieden sein werde, der Schöpfer einer deutschen Reorganisation in gleichem Sinne und größerem Maßstabe zu werden.

Mit solchen Hoffnungen sehen wir der Einberufung einer deutschen Volksvertretung entgegen.

Möge Gott unter Ew. Majestät weiser und gerechter Regierung des Vaterlandes Zukunft segnen!

In tiefster Ehrerbietung verharren wir ꝛc.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 14. d. über deren ersten Theil bereits im Abendblatt berichtet worden ist, wurde die vom Finanzminister eingebrachte Kreditvorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen. Der Finanzminister brachte darauf drei, bereits in der vorigen Session beim Hause eingebracht gewesene Vorlagen aufs Neue ein: den Handelsvertrag mit Italien, den Schiffahrtsvertrag mit Großbritannien und Gesetzentwurf, betreffend die Verminderung der Tarasätze für Zucker; die Publikation dieser Verträge resp. Gesetze ist unter stillschweigendem Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der Kammern im Uebrigen längst erfolgt. Ferner brachte der Finanzminister den früheren Gesetzentwurf betreffend die Ausgabe von Tolons zu den Schuldverschreibungen der Paderborner und Eichsfelder Tilgungskasse abermals ein; zum Referenten für die Schlußberathung wurde Abg. Krieger (Berlin) ernannt. — Der Justizminister legte die, auf Grund des Art. 13 erlassenen kgl. Verordnungen, betreffend das Verbot der Veräußerung von Waffen und Munition und die Einstellung des Civilprozeßverfahrens gegen Militärs zur Genehmigung vor; für die erstere wurde Abg. Lasker zum Referenten bei der Schlußberathung ernannt; die zweite wurde der Justiz-Kommission überwesen. — Auf eine Anfrage deg Abg. von Bockum-Dolffs theilte der Präsident mit, daß die nach dem Schluß der letzten Session von einem Kommissar der Regierung unter Siegel gelegten Berichte der früheren Budgetkommission ihm bei der Uebergabe des Hauses mit den andern Drucksachen zur Verfügung gestellt seien und an die Mitglieder des früheren Hauses nachträglich zur Vertheilung gelangen würden. — Es folgten Wahlprüfungen; zu einer längeren Debatte gab nur ein gegen die Wahl der Abgeordneten Runge und Dr. Jacoby im II. Berliner Wahlbezirk eingereichter Protest des Wahlmannes Abg. Professor Glaser Anlaß, hinsichtlich dessen wir auf den Ausführlichen Sitzungsbericht verweisen; die Wahlen selbst wurden mit sehr großer Majorität für gültig erklärt. Schluß der Sitzung 3 Uhr; nächste Sitzung unbestimmt.

Die Wahlen zur Adreß-Kommission scheinen in den Abtheilungen des Abgeordnetenhauses vielfache Kämpfe verursacht und verschiedentlich unerwartete Resultate ergeben zu haben. Die Namen der Mitglieder der Kommission sind in dem unten folgenden Sitzungsbericht aufgeführt, und bemerken wir hier nur noch

— **Ein Brief des Grafen v. Bismarck.** Wie wenig der Konflikt zwischen Preußen und Oesterreich, welcher in dem gegenwärtigen Kriege zum Ausbruche gekommen, vom Zaune gebrochen, wie tief er vielmehr von vornherein in den Verhältnissen des deutschen Bundes und in der widernatürlichen, der Macht der wirklichen Thatsachen Hohn sprechenden Stellung lag, welche dieselben dem mächtigsten deutschen Staate gegeben hatten, zeigt u. A. ein Brief, den der jetzige Ministerpräsident Graf Bismarck schon am 12. Mai 1859, in der Zeit also, wo Preußen wegen des österreichisch-italienischen Krieges zur Mobilmachung geschritten war und wegen der militärischen Führung der Bundes-Contingente in Frankfurt trostlose Verhandlungen führte, von Petersburg aus an den damaligen preußischen Minister des Auswärtigen gerichtet hat. Es ist ein merkwürdiges Aktenstück, in welchem mit einem Blicke, den wir nicht umhin können als einen prophetischen zu bezeichnen, das Gesetz der geschichtlichen Nothwendigkeit und politischen Schwerkraft, die nicht in den Menschen und Persönlichkeiten, sondern in der Natur der Dinge liegende Nöthigung zu einer Aenderung der Verhältnisse dargelegt wird. Wir heben das Wichtigste hervor.

Nachdem Herr v. Bismarck als Ergebniß seiner achtjährigen Erfahrungen am Bundestage die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die dermaligen Bundesverhältnisse für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten aber eine lebensgefährliche Fessel seien, da der Bund einzig und allein in den Händen Oesterreichs liege und sein Zweck wie seine Gesetze nur nach den wechselnden Bedürfnissen der österreichischen Politik ausgelegt würden, nachdem er dem Minister beweiskräftig vorgehalten, wie Preußen in allen seit 1850 aufgetauchten Fragen sich stets vereinsamt einer und derselben compacten, seine Nachgiebigkeit beanspruchenden, nur um Oesterreich sich gruppirenden Majorität gegenüber befunden habe und im deutschen Interesse nichts hätte durchsetzen können, selbst wo es persönlichen Wünsche und Neigungen der Bundesregierungen für sich gehabt, fährt er fort: „Würden diese Bundesfürsten den Bedürfnissen oder selbst der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eigenen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht. Denn ihre Anhänglichkeit an Oesterreich beruht überwiegend auf falschen Interessen, welche ihnen und der österreichischen Regierung ein Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwicklung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit österreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist nothwendig gegen Preußen gerichtet, so lange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, das Mißverhältniß seiner Pflichten zu seinen Rechten im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Thätigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Prodnkt einzelner Umstände, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleineren Staaten ist. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden."

„Seitdem unsere Bundesgenossen versucht haben, Bestimmungen, welche im Sinne ihrer Stifter nur von einem Einverständniß Preußens und Oesterreichs getragen werden können, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubeuten, haben wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwickelung versetzt worden sind."

„Wenn nun jetzt die (mittelstaatlichen) Staatsmänner von Bamberg leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschrei's der urtheilslosen und veränderlichen Tagesmeinung (damals zum Schutze Oesterreichs gegen Italien) zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich aber dabei der Bundeseinrichtung bedienen wollen, um eine

daß von ihnen 7 der Fortschrittspartei, 5 dem linken Centrum, 1 (Graf Schwerin) den Altliberalen, 2 den Klerikalen und 6 den Konservativen angehören. Die Kommission, der bekanntlich 4 Adreßentwürfe vorliegen, hat zum Schriftführer den Abg. Elven, zum stellvertretenden Schriftführer den Abg. v. Kleinsorgen gewählt. Vorsitzender ist der Präsident, stellvertretender Vorsitzender der erste Präsident des Hauses.

— Die Zahl der Staatsbeamten im Abgeordnetenhause beträgt gerade 150, unter diesen 50 Landräthe und 21 Kreisrichter.

— Innerhalb der altliberalen Fraction regt sich einige Opposition gegen Vincke. Namentlich Schwerin und Simson empfehlen das Zusammengehen mit den Liberalen, statt mit den Feudalen.

— Der Gesetz-Entwurf betr. die Indemnität für die budgedlose Verwaltung lautet: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: Art. 1. Der Staatsregierung wird in Bezug auf die seit dem Beginn des Jahres 1862 ohne gesetzlich festgestellten Staatshaushaushalts-Etat geführte Verwaltung, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Landtages über die Entlastung der Staatsregierung nach Vorlegung der Jahres-Rechnungen, Indemnität ertheilt. Art. 2. Die Staatsregierung wird für das Jahr 1866 zu den Ausgaben der laufenden Verwaltung bis zur Höhe von Einhundertvierundfünfzig Millionen Thalern ermächtigt.“ In den Motiven heißt es u. A.: „Die seitdem getroffenen Verfüfügungen über die Staatsmittel entbehren der gesetzlichen Grundlage, welche nach Art. 99 der Verfass.-Urkunde allein in dem jährlich festzustellenden Gesetz über den Staatshaushalt zu finden ist. Das Gesetz über den Staatshaushaltsetat, wenn es zu Stande gekommen wäre, würde der Staats-Reg. zu allen in Gemäßheit desselben vorgenommenen Verwaltungs-Handlungen im Voraus die Ermächtigung gewährt haben. Eine solche Ermächtigung für Verwaltungs-Handlungen, welche in der Vergangenheit liegen, kann der Natur der Sache nach zur Zeit nicht mehr ertheilt werden. Um der Führung des Staatshaushalts für die Zeit seit dem Beginn des J. 1862 eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, bedarf es daher eines anderweitigen Ausspruchs der Gesetzgebung, welcher nur auf Ertheilung der Indemnität, d. h. auf Enthebung der Staatsregierung von der Verantwortung dafür, daß überhaupt der Staatshaushalts während der gedachten Zeit ohne gesetzliche Feststellung eines Etats geführt worden ist, gerichtet sein kann. — Indem die Staatsregierung das Zeugniß für sich in Anspruch nehmen darf, daß sie bei der von ihr den Staatsmitteln gegebenen Verwendungen nur für den Fortbestand einer geregelten Verwaltung, für Erfüllung der ouf der Staatskasse ruhenden Verpflichtungen und für Erhaltung der bestehenden Einrichtungen gewissenhaft Sorge getragen habe, glaubt sie der Zustimmung des Landtages zu dem die Ertheilung der Indemnität aussprechenden Artikel 1 des Gesetzentwurfs sich versichert halten zu dürften. . . . rc.

Nach der vorgestrigen öffentlichen Sitzung des Herrenhauses fand noch eine geheime Sitzung statt, in welcher dem Vernehmen nach über den bekannten Brief des Grafen v. Westphalen verhandelt wurde.

Zur Situation.

— Wie die „N. Pr. Z.“ vernimmt, ist gestern der Friedensvertrag mit Würtemberg abgeschlossen. — Thatsächlich ist, daß der würtembergische Minister v. Varnbüler mit seinen Beamten bereits heute früh nach Stuttgart zurückgereist und nur der Kriegsminister v. Hardegg noch hier zurückgeblieben ist, da noch einige militärische Fragen erledigt werden müssen.

Die Wiener „Presse“ theilt eine nicht weniger als sechs enggedruckte Spalten füllende „Denkschrift der hannoverschen Regierung mit, welche die bekannten Vorwürfe eines Artikels im preußischen „Staatsanzeiger“ zu widerlegen sucht. Man sieht ihr an, daß es dem Verfasser nicht an Muße fehlt; mit einer Weitschweifigkeit, welche selbst die der hannoverschen Elaborate in Bundestagssachen noch bei Weitem überbietet, wird der Korrektheit der Welfenpolitik durch alle Stadien bis zum Siege bei Langensalza die ehrende Leichenrede gehalten. Auf den unermeßlichen Kleinigkeitskram, der mit spitzfindiger Dialektik aufgestutzt wird, näher einzugehen, würde doch zu ermüdend sein.

— Die Friedensverhandlungen in Prag finden abwechselnd in den Hotels der Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens Statt. Bis jetzt wurde über die Milderung der Invasionslasten verhandelt; die preußische Verordnung, betreffend die Einhebung der Juli-Zinssteuer, wurde aufgehoben, auch wegen Wiederbeginn der Elbschifffahrt wird verhandelt.

Daß Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich über etwaige Compensationen stattgefunden haben, ist unzweifelhaft. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in London hat dies am 11. August im Unterhause ebenfalls bestätigt. Bestritten wird nur, daß Frankreich officiell eine bestimmte Forderung gestellt habe. Die französische Regierung hat in vertraulichen Unterhandlungen darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich bei einer etwaigen Annexion von ganz Hannover rc. auf eine Grenzregulirung zwischen Frankreich und Deutschland Anspruch zu machen berechtigt sei. Die „Kreuzzeitung“ findet für jetzt noch nichts Beunruhigendes in dieser Sachlage, wenngleich nach einer Pariser Correspondenz desselben Blattes die „Möglichkeit“ einer ernsteren Spannung nicht ausgeschlossen ist. Frankreich befürwortet noch immer die Errichtung eines unabhängigen deutschen Staates zwischen Frankreich und Deutschland. In Paris finden gegenwärtig wichtige Besprechungen statt, die französischen Gesandten von Wien, Konstantinopel und Petersburg werden dort erwartet. Der Botschafter am preußischen Hofe ist bekanntlich dort.

— Die letzte Nr. der „Zeidl. Correspdz.“ schreibt: „Falls von Seiten eines französischen Staatsmannes in der That die Aeußerung gefallen ist, daß das Kaiserreich in Folge der Machtentfalung Preußens danach zu streben habe, das eigene Gewicht zu verstärken, so folgt hieraus noch keineswegs, daß Frankreich diese Verstärkung gerade auf deutschem Territorium suchen müsse. Im Gegentheil, das Bestreben, deutsches Gebiet zu erwerben, würde, da es einerseits mit dem nationalen Grundgedanken Napoleons III. im Widerspruch stände und andererseits im deutschen Volke eine energische Reaction gegen den Nachbar wach rufen würde, eher eine Schwächung drohen als einen Kraftzuwachs verheißen. Bei der Vielseitigkeit der französischen Interessen kann das Kaiserreich gar wohl eine Erhöhung seiner auswärtigen Gewalt erlangen, ohne mit Deutschland in Collision zu gerathen. Wir dürfen demgemäß versichern, daß das Wort Rhein oder Rheingrenze in letzter Zeit von keinem französischen Staatsmann genannt worden ist.“

Der „Nürnb. Corresp.“ berichtet: Mittheilungen aus Augsburg bestätigen, daß das Ende der dort versammelten Bundestagsgesandten nun in nächster Zeit bevorsteht. Die Schließung dürfte nunmehr wahrscheinlich durch den dermalen für der Führung der Stimme Oesterreichs substituirten Bundestagsgesandten Bayerns, v. Schrenk, vollzogen werden.

— Die am 15. d. der „Nat.-Zeitung“ aus Paris eingegangenen Nachrichten bestätigen nicht nur, daß der letzte diplomatische Zwischenfall zunächst ohne die befürchteten Folgen bleiben wird, sie lassen vielmehr annehmen, daß, nach der Zerstreuung dieses Gewölks, die beiderseitigen Beziehungen sich eher noch freundlicher als bisher gestalten werden. Die französische Regierung ist in Betreff der neuen Beziehungen, welche sie Deutschland gegenüber zu begründen wünscht, mehrere Male auf harte Proben gestellt worden. Nach der Schlacht bei Königgrätz wurde ihr von Oesterreich die Versuchung der „bewaffneten Vermittelung“ entgegengebracht. Im gegenwärtigen Augenblick hatte sie Angesichts der umfangreichen Einverleibungen, zu denen die preußische Regierung sich vorbereitet, den Anlauf nicht nur der Klerikalen, sondern auch jenes grossen Haufens der Chauvinisten auszuhalten, welche von den Ueberlieferungen des ersten Kaiserreichs nicht loskommen können. Beide Male hat jedoch zuletzt die bessere Ueberzeugung gesiegt, daß die Entwickelung der europäischen Kultur und selbst die nach einer neuen Ordnung verlangenden Gleichgewichtsinteressen die sicherste Bürgschaft in einem freundlichen Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands finden.

Mit Bestimmtheit verlautet, daß die die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt betreffenden Vorlagen an die Kammern unmittelbar bevorstehen. Was Schleswig-Holstein betrifft, so wird der definitive Friedensschluß mit Oesterreich, das bekanntlich seine Ansprüche abzutreten haben wird, erwartet. Die Verhältnisse Oberhessens können nur durch den Friedensschluß mit Darmstadt geregelt werden, welcher wieder mit dem Friedensschluß mit Baiern insofern zusammenhängt, als das letztere zu einer Gebietsentschädigung an Darmstadt veranlaßt werden soll. — Der von Würtemberg zu zahlende Betrag der Kriegskosten wird von dem „Frankf. Journal“ auf 5—6 Mill. Gulden angegeben, ohne daß diese Ziffer jedoch verbürgt ist.

Aus Gera vom 12. August wird der „D. A. Z.“ geschrieben: „Endlich hat auch das Geschick das Fürstenthum Reuß ä. L. erreicht. Der Staat der Fürstin Karoline von Greiz ist gestern, Sonnabend den 11. d., von zwei Kompagnien des 12. brandenburgischen Regiments (Landwehr) unter Kommando des Oberst-Lieutenants Freywald besetzt worden. Die Selbständigkeit dieses „Staats“ dürfte etwas fraglich werden. Das noch anwesende Militär (ca. 60 Mann) gab seine Waffen ab. Das Einvernehmen der Einwohner mit dem preußischen Militär ist das beste.

— Die für das Verhältniß zu Preußen günstige Wendung, welche die letzten Verhandlungen genommen haben, wird durch folgende Note des heutigen „Constitutionell“ konstatirt: „Seit einigen Tagen wiederholen sich in der auswärtigen, wie in der französischen Presse Gerüchte von Vorschlägen, die Preußen von Frankreich gemacht worden wären. Es giebt Blätter, die Lord Stanley voraus sind und genau wissen, welche Mittheilungen zwischen den Kabineten von Paris und Berlin ausgetauscht werden. Andere Blätter sind noch weiter vorgerückt, denn sie behaupten, daß die Vorschläge Frankreichs von Preußen zurückgewiesen worden seien. Es sind dies grundlose Unterstellungen, und man darf die öffentliche Meinung über so wichtige Dinge nicht auf Irrwege gerathen lassen. Unzweifelhaft kann es geschehen, daß Frankreich ein Recht auf Kompensationen habe; (sans doute, il peut se faire, que la France ait droit á des compensations) aber, wenn man an ein bereits aufgestelltes und zurückgewiesenes Programm glaubt, so verkennt man den gewöhnlichen Charakter des diplomatischen Verfahrens und trägt den sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten keine Rechnung. Außerdem vergißt man, daß das eigentliche Interesse nicht in irgend einem unbedeutenden Gebietszuwachs, sondern in dem Beistande besteht, den man Deutschland leiht, damit dieses sich in einer seinen eigenen und Europas Interessen günstigsten Weise konstituire.“

— Man kann es der französischen Regierung nur Dank wissen, wird der „Nat.-Z.“ aus Paris geschrieben daß sie, die wahren Interessen Frankreichs besonnen würdigend, einen Rückzug antritt, der, wenn auch der Form nach verdeckt und nicht zugestanden, doch entscheidend sein wird. Den Umständen nach konnte man nicht anders handeln. Man wird nicht ermangeln, das Zurückweichen Frankreichs durch das Nationalitätsprincip zu erklären, welchem es auch diesmal treu geblieben sei. Die Versuche, die wegen einer Kompensation gemacht wurden, hatten übrigens immerhin eine ziemlich konkrete Gestalt und kamen in einer besonders

---

Macht wie Preußen in's Feuer zu schicken, wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist, wenn diese Staaten uns den Impuls geben wollen und als Mittel dazu bundesrechtliche Theorieen in Anspruch nehmen, mit deren Anerkennung alle Selbstständigkeit preußischer Politik aufhören würde: dann dürfte es an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, die von ihnen im Munde geführte Sache Deutschlands so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen.“

„Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen, und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, um so besser. Unsere Bundesgenossen sind auf dem rechten Wege, uns gerechten Anlaß dazu zu geben, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe nachhelfen. Dann wird das preußische Selbstgefühl einen eben so lauten und vielleicht folgenreicheren Ton geben als das bundestägliche. Das Wort „deutsch“ für „preußisch“ möchte ich gern erst dann auf unsere Fahnen geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Zustand, abnützt. In unserem gegenwärtigen Bundesverhältniß sehe ich ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später werden heilen müssen.“

— **Ueber den Petroleum-Brand in Antwerpen** lauten die neusten Nachrichten der „Köln. Ztg.“: Das Feuer, welches man auf die Magazine, genannt Krypka am St. Walburga-Platze, eingeschränkt glaubte, hat sich, nachdem auch das in den unteren Räumen befindliche Petroleum entzündet worden, in einer erschreckenden Weise weiter verbreitet. Das anstoßende Hotel de Cologne, die beiden Lagerhäuser, zum großen Schwan benannt, stürzten gestern brennend zusammen. Im letzten befanden sich 2300 Fässer Petroleum, welches die verheerenden Flammen durch Kelleröffnungen und die Canäle in das nächstliegende Stadtviertel führten so daß die Bewohner desselben eiligst ihre Häuser verlassen mußten und anderswo untergebracht wurden. Die Verwirrung ist unbeschreiblich, das Feuer nimmt immer größere Ausdehnung an; zum Unglück ist das Wasser der benachbarten Canäle mit Petroleum versetzt und zum Löschen kaum zu gebrauchen. Heute Nachmittag ist man eifrig beschäftigt, den Heerd des Feuers dadurch einzuschränken, daß man die Häuser der Umgebung demolirt. Bis jetzt ist glücklicher Weise noch kein Menschenleben verloren gegangen.

Antwerpen, den 12. August, 10 Uhr, Vormittags. Das Feuer wüthet ununterbrochen fort, scheint jedoch auf einen gewissen Heerd beschränkt zu sein, falls keine weiteren Explosionen erfolgen. Die benachbarten Lager- und Wohnhäuser werden geräumt.

Wir schließen hieran folgendes Telegramm der „Berl. Börs.-Ztg.“: Antwerpen, 13. August, 10 Uhr Vormittags. Das Feuer ist stark im Abnehmen; es brennen nur noch Petroleumkeller und scheint die Gefahr für die Stadt beseitigt. An 4000 Faß Petroleum wurden vernichtet. Petroleummarkt ruhig zu Sonnabendspreisen.

— In einem kleinen Duodezländchen Norddeutschlands erklärten die Leute kürzlich sich für sehr unglücklich, weil ihr Fürst sich für Preußen erklärt hatte. „Unglücklich?“ fragte Jemand verwundert? — „Nun „ia, sagten sie, „weil wir ihn jetzt — nicht loswerden.“

nach Berlin ergangenen Depesche zum Ausdruck. In der preußischen Antwort sind aber bei aller Anerkennung, die der freundlichen Haltung Frankreichs gezollt wird, die angesonnenen Zugeständnisse ganz eneschieden und in den bestimmtesten Ausdrücken zurückgewiesen worden. Da man nun hier der Ansicht ist, daß die guten Beziehungen zu Deutschland höher zu stellen sind, als eine armselige Grenzberichtigung, so wird diesen Ansprüchen keine weitere Folge gegeben und den vollendeten Thatsachen die man immer so hoch anschlägt, Rechnung getragen werden.

Berlin, den 16. August. Die „Prov.-Corresp.“ schließt einen Artikel, welcher die Einsicht und Mäßigung des Kaisers Napoleon preist, mit den Worten: „Es hat sich stets gezeigt, daß dem Kaiser Schritte fern liegen, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen stören könnten. Der Kaiser ist vielmehr entschlossen, Deutschlands nationale Entwickelung gewähren zu lassen. Die entgegengesetzten Ansichten sind vorzugsweise von dem Einflusse der französischen Oppositionspartei herzuleiten.“

Dasselbe Blatt schreibt ferner: Preußen wird Maßregeln zur Vereinigung der eroberten norddeutschen Staaten mit ihm unverweilt ergreifen. Die preußische Regierung vertraut, die Vereinigung werde durch Festigkeit bei Schonung der Eigenthümlichkeiten der Länder eben so fest werden, wie die der alten Landestheile. Die Stellung und Verpflichtung der seitherigen Beamten gegenüber Preußen soll unverzüglich geregelt werden.

Der Friedensschluß mit Oesterreich ist nahe, der mit Württemberg bereits erfolgt und der mit Baden wird voraussichtlich bald folgen. Mit Hessen-Darmstadt schweben die Verhandlungen noch. Der Vertreter Bayers glaubte erst weitere Ermächtigungen einholen zu müssen; seitdem standen die Verhandlungen still. Der Waffenstillstand mit Bayern läuft in 8 Tagen ab.

Die „Prov.-Correspondenz“ constatirt endlich die einmüthige Anerkennung des Heeres und der Regierung in aller eingebrachten Adreßentwürfen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 15. August. Der württembergische Minister-Präsident v. Varnbüler ist gestern Morgen nach Stuttgart zurückgereist. Der Kriegsminister v. Hardegg bleibt wegen militärischer Fragen noch hier. Der Prinz Ludwig von Hessen, dessen Besuch nur dem kronprinzlichen Paare galt, ist gestern nach Darmstadt zurückgereist. Der König empfing ihn nicht.

— Den 16. August. Die Nachricht des „Fr.- u. Anz.-Bl.“, daß die neulich durch Ministerial-Erlaß angeordnete Wiederaufnahme des diesjährigen zweiten Ersatzgeschäfts wieder eingestellt sei, bestätigt sich nicht. Es ist nach der „B.- u. H.-Ztg.“ von einer Einstellung des Ersatzgeschäfts nichts bekannt, im Gegentheil wird dasselbe mit erhöhter Eile betrieben. — Der interiministische Ober-Präsident von Frankfurt a. M., Nassau 2c., Staatsminister a. D. Frhr. v. Patow, ist, nach der „Kreuzztg.“, mit einer Frankfurter Patrizierin vermählt; die Frau Ministerin ist eine geborene v. Günderode.

— (N.-Z.) Wie man in militärischen Kreisen hört, wird aus den Ersatzbataillonen des Kaiser Alexander-, des Kaiser Franz- und des Garde-Füsilier-Regiments ein 2. Garde-Füsilier-Regiment gebildet. Wie es heißt, werden von jedem Bataillon der Linien-Regimenter 500 Man zur Entlassung kommen.

— Der französische Botschafter, Herr Benedetti, ist aus Paris hieher zurückgekehrt.

Mecklenburg ist und bleibt das Land der wunderbarsten Widersprüche und der seltsamsten Regierungsmaschine. Die kurze Spanne Zeit, die dem gegenwärtigen System noch zugemessen ist, hat ihm nichts genommen von seiner Hartnäckigkeit und seiner Abgeschlossenheit gegen Alles, was draußen im Reich vorgeht und woran es Theil zu nehmen schon in nächster Zeit gezwungen sein wird. Es ist allerdings eine Ironie des Schicksals, daß die Namen Oertzen und Wetzel — letzterer als früherer Professor der Rechte der hiesigen Universität in öffentlicher akademischer Rede der Verkündiger von der alleinseligmachenden mecklenburgischen Verfassung — unter Verordnungen stehen werden, welche für uns einen völlig neuen Zustand auf allen Gebieten herbeizuführen bestimmt sind. Freilich wissen wir auch heute noch von nichts; alle unsere Kenntniß unserer inneren Vorgänge — das Bündniß mit Preußen, die Einzelheiten des Vertrages, die Theilnahme am deutschen Parlament — schöpfen wir ausschließlich aus preußischen Zeitungen. Hier im Lande ist nichts, absolut nichts bisher publizirt. Selbst der engere Ausschuß — die bleibende Vertretung des Landtages — scheint mit offiziellen Erklärungen gänzlich übertragen zu sein; denn es verlautet, daß von den Landräthen desselbeu ein zur Rückkehr in sein Land aufforderndes Schreiben an den Großherzog nach Baiern abgegangen sei. Es ist fast selbstverständlich unter solchen Umständen, daß es vielleicht nicht ein Mitglied der Ritterschaft giebt, welches nicht die völlige Vereinbarkeit der mecklenburger Verfassung mit dem doch „schnell wieder vorübergehenden Schwindel“ vom Parlament zu seinem ersten Glaubensartikel machte und denselben mit dem bekannten rothen Eifer vertheidigte, der mit der Gedankenbläße dieser Herren im schneidendsten Gegensatze steht. Anderseits befindet sich die liberale Partei in der übelsten Lage; wir haben weder Preßfreiheit noch Versammlungsrecht und können somit nur im engsten Kreise thätig sein, um den kommenden Ereignissen nicht ganz unvorbereitet entgegenzutreten. Und selbst hierauf heftete das Ministerium des Innern sofort ein argwöhnisches Auge. Von den hiesigen Zeitungen schweigt das Hauptblatt, die „Rostocker Zeitung“, zur Zeit noch ganz, um sich nicht einer bei unserem Pressgesetz bei jedem politischen Artitel möglichen Verwarnung resp. Strafe auszusetzen; das erst in neuerer Zeit gegründete sehr thätige „Rostocker Tagesblatt“ publizirt seit einigen Tagen politische Artikel, welche von einer Vereinigung entschieden liberal und national gesinnter Männer ausgehen.

Hannover. Von dem Wegebaurath Bokelberg, der mit der Adresse der städtischen Kollegien Hannovers wegen Abdankung des Königs nach Wien gegangen war, ist der „H. B. H.“ zufolge die Nachricht eingegangen, daß derselbe eine Audienz erhalten, die Adresse aber nicht überreicht habe. Nach der Versicherung des genannten Herrn sei der König noch voller Vertrauen auf eine glückliche Wendung seines Geschicks. Aus welchem Grunde die Uebergabe der Adresse unterblieben ist, ob aus Zartgefühl, um die Stimmung seines Gebieters nicht zu stören, oder weil er den Schritt doch für erfolglos halte, hat Herr Bokelberg seinen Kommittenten nicht weiter mitgetheilt. — Aus Weener in Ostfriesland ist eine Adresse an den Grafen Bismarck abgegangen, um Wiederaufnahme Ostfrieslands in den preußischen Staatsverband.

Schweiz. Herr Petitpierre in Waadt belehrt die jungen Frauenzimmer der Westschweiz, welche als Gouvernanten und Kindermädchen ins Ausland gehen, wo sie am besten und am schlechtesten aufgehoben sind. Empfohlen werden hauptsächlich die Niederlande, England, die schweizerischen Familien in Italien, der ungarische Adel, Schweden, dann Rußland; weniger Frankreich, am wenigsten Wien, Italien und gar Polen. Von letzterem Lande sagte ein Pole selbst, die Schweizer wissen nicht was sie thun, wenn sie ihre Töchter dorthin schicken. Deutschland wäre empfehlenswerth, hat aber selbst genug Erzieherinnen. Aus Neuenburg gingen in den letzten Jahren als Erzieherinnen und Kinderwärterinnen jährlich durchschnittlich ca. 134, aus Freiburg im Jahre 1864 88, aus Genf 85 junge Frauenzimmer in der nämlichen Eigenschaft nach dem Ausland.

Oesterreich. Ueber die nicht auf Ungarn allein beschränkten „Bestrebungen der Regierung“, mit den Ländern und Völkern über die „Basis“ der künftigen Reichsverfassung zu verhandeln, giebt der Krakauer „Czas“ einige Andeutungen; darnach ist die Regelung Galizien's zum Reiche auf „föderalistischer Basis“ und mit dem Grafen Goluchowski als „Hofkanzler“ an der Spitze eine definitiv beschlossene Sache. Als Hofkanzler für Ungarn nennt das polnische Blatt den Grafen Julius Andrassy, als Hofkanzler für die Länder der böhmischen Krone Graf Leo Thun und als Hofkanzler für das dreieinige Königreich den General Stratimirowitsch.

— Die Erzählungen der hiesigen Journale über einen mißglückten Putsch des Revolutions-Generals Klapka in Ungarn beruhen nur zum Theil auf Wahrheit. Ganz unrichtig ist, daß Klapka persönlich in Ungarn gewesen, auch daß die Truppen, mit denen er einen Einfall unternommen, sich aus den Kriegsgefangenen in Preußen recrutirt gehabt. Was an der Sache Wahres ist, wird sich bald herausstellen. Für jetzt kann jedoch als gewiß angesehen werden, daß die Bewegung nicht im Auslande, sondern in Ungarn selbst ihren Ursprung hatte. Die eben hier gelangte Nachricht von der Verhaftung Virgil Szilagy's, der bekanntlich früher Deputirter der Stadt Pest im J. 1862 zu zehnjähriger Freiheitsstrafe verurtheilt und dann begnadigt wurde, zeigt bereits, daß man die Fäden einer Verschwörung im Inlande aufgefunden zu haben glaubt. Vielleicht sollen mit diesen Vorkommnissen Entschließungen der Regierung motivirt werden, die eher zu allem Andern als zu der in lockende Aussicht gestellten „Regeneration führten müßten. Die erfolgte Berufung des Freiherrn v. Hübner spricht nicht minder für eine solche Diversion.

— Die Zerstörung und Schädigung von Privateigenthum in Böhmen, Mähren, Oesterreichisch-Schlesien und Nieder-Oesterreich, welche der Krieg mit sich führte, wird auf 300 Mill. Gulden geschätzt. Es sollen diese Verluste auf das ganze Reich repartirt werden. Die Behufs der näheren Ermittelungen niedergesetzten Commissionen sind bereits in Thätigkeit getreten.

Provinzielles.

Marienburg, den 12. August. (N. E. A.) In der großwerderer Niederung circulirt, wie wir aus glaubwürdigster Quelle hören, eine Petition, worin der Antrag gestellt ist, das wenn die Mennoniten fernerhin mit den Staatsbürgern gleiche Rechte theilen wollen, man dieselben, wenn sie eben die Schießwaffe nicht führen dürfen, im Kriege zum Train resp. zu Krankenträgern für die Feldlazarethe benutzen solle. Bei dieser Verwendung dürfen sie sich ja nicht vertheidigen.

— Heute wird der Grundstein zur neuzuerbauenden Loge „Victoria“ zu den drei gekrönten Thürmen, gelegt. Es wird das wieder ein Bau, der wie unser neues Gymnasium nicht wenig zur Zierde der Stadt beitragen wird. Das Gebäude nach dem Entwurf des Bauinspektor Gersdorf ausgeführt, entspricht in der Zeichnung nicht nur äußerlich den Regeln neuester Baukunst, auch die innern Arrangements sind auf das Vortheilhafteste angelegt und wird vom Neuesten und Bewährtesten, z. B. Luftheizung Gebrauch gemacht werden. Unser Gymnasium ist bereits soweit im Ausbau vorgeschritten, daß es nach den Michaelisferien bezogen werden wird.

— Der hiesige Kreistag hat in der letzten Sitzung beschlossen, das Kreislazareth dem hier bestehenden Verein zur Gründung eines Diakonissenhauses zur eigenen und selbstständigen Verwaltung zu übergeben, und zur besseren Unterhaltung demselben auch eine jährliche Unterstützung von 1000 Thalern zu gewähren.

Danzig, den 16. August. (D. Z.) In der heute abgehaltenen Sitzung der Aeltesten der Kaufmannschaft wurde beschlossen, an den Hrn. Handelsminister eine Vorstellung dahin zu richten, daß der während des Krieges für die Mittagszeit von 11 bis 1 Uhr an den Sonntagen eingerichtete Postdienst auch nach Beendigung des Krieges für die Zukunft beibehalten werden möge. — Ferner soll der Hr. Handels-Minister gebeten werden, daß er die Beschleunigung des schon seit längerer Zeit ins Stocken gerathenen Baues der Eisenbahn von Danzig nach Neufahrwasser veranlassen und sich für die Förderung des Projectes des Hafenbassinbaues bei Neufahrwasser interessiren möge. — Der Hr. Provinzial-Steuer-Director hat dem Collegium einen Erlaß des Hrn. Finanzministers v. 20. Juli er, betr. das Verfahren bei der Theilung geistiger Flüssigkeiten in den öffentlichen Niederlagen, übersandt, welcher zum Aushange in der Börse gelangt ist. — Der Hr. Handelsminister theilt mit, daß, um den vom Aeltesten-Collegium ausgesprochenen Besorgnissen wegen ungünstiger Behandlung preußischer Seeschiffe in fremden Häfen zu begegnen, in Nr. 175 des „Staats-Anzeigers“ die in Preußen, Oesterreich und Italien geltenden Bestimmungen wegen Behandlung feindlicher Handelsschiffe zusammengestellt nnd zugleich die Königl. Missionen im Auslande beauftragt worden sind, dafür zu sorgen, daß diese Notiz allgemeine Verbreitung finde und in den gelesensten auswärtigen Zeitungen abgedruckt werde.

Insterburg. Bei der Meloration des Bodens und den hierbei vorgenommenen Abgrabungen auf dem zur Strafanstalt gehörigen Felde hat man bis jetzt 146 Menschengerippe, neben und über einander liegend, so wie die Ueberreste von drei Särgen und zwei geflochtene Haarzöpfe, welche noch wohl erhalten sind aufgefunden. Außer zwei kleinen viereckigen Metallplatten, auf denen sich ein Bildniß befindet, wahrscheinlich das der Mutter Maria, ist von Gegenständen nichts entdeckt worden. Jedenfalls befindet sich daselbst die Begräbnißstätte derjenigen Opfer des französischen Feldzuges gegen Rußland im Jahre 1812, welche der grausigen Kälte entronnen, hier den Tod gefunden haben. Weitere Abgrabungen werden gewiß noch mehr Todtengebeine zu Tage fördern.

Königsberg. Nachbarn hatten schon seit mehreren Nächten wahrgenomm wie ein Mann den Zaun des Haberberger Kirchhofes überstieg, die Thüre eines Gewölbes öffnete und darin verschwand. Die Sache wurde dem betreffenden Polizeibeamten angezeigt und stellte sich dieser die nächste Nacht auf die Wache. Der Geheimnißvolle kam zur gewöhnlichen Stunde, kletterte über den Zaun, öffnete die bezeichnete Thür mit Leichtigkeit, trat ein und schloß das Gewölbe wieder hinter sich. Nach einer Weile begab sich dann auch der Beamte, welcher von dem Todtengräber den richtigen Schlüssel sich verschafft, mit einer Laterne in das Gewölbe, doch der Luftzug blies das Licht aus. Der Beamte ließ ein käftiges „Ist hier Jemand?“ erschallen. Lautlose Stille. Es blieb also dem Beamten nichts weiter übrig, als mit gezogenem Degen auf dem Bodem und längs der Wände umherzusuchen. Da rasselt dann endlich aus einem Winkel etwas hervor, es erhebt sich eine grau behängte Gestalt. An's Licht gezogen, erwies sich die Verhüllung als aus Lumpen bestehend. Der Mensch ist ein Schlossergeselle, welcher bereits seit Mai in der Wohnung der Todten genächtigt hat, sein Ruhebette war ein Haufen Menschenknochen, sein Zudeck ein Haufen Lumpen von den in Lumpen zerfallenden Todtenhemden, Todtenlaken 2c. Dem Manne ist nunmehr ein festes Logis im Arbeitshause angewiesen.

Lokales

— **Personalia.** Bei den Wahlen für die Fach-Commissionen des Abgeordnetenhauses sind die Herren: Abg. Fabrik. Weese in die Commission für Handel und Gewerbe, Abg. Kreisr. Chomse in die Agrar-Commission und Abg. Kreisr. Lesse als Schriftführer in die Justiz-Commission gewählt. Ebenso gehört Herr Lesse der Spezial-Commission zur Berathung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes an.

Am 10. d. M. verschied zu Berlin Herr Professor Dr. J. E. Wernicke, ehemaliger Lehrer am hiesigen Königl. Gymnasium, im 63. Lebensjahre an Altersschwäche.

— **Kommerzielles.** Aus Polen sind über Bahnhof Thorn im Juli cr. eingegangen an Gütern (Gewicht in Pfunden): 8800 Weizen, 108,074 Roggen, 11,319 Raps, 119,431 Rübsen, 1,104,314 Kohlen, 119,600 Kalk, 54,018 Wolle, 338 Leder, 4432 Schweinehaare, 4096 Borsten, 1574 Kalbfelle, 10,118 Knochenmehl, 352 Federn, 10,203 Effekten, 995 Brucheisen, 2011 Bruchsilber, 45,265 Butter, 62,197 Eier, 111 Boullion, 2c. 1 Ziege, 11 Stück Schweine.

— **Schulwesen.** In dem Unterrichtsministerium geht man gegenwärtig nach Mittheilung der „Nat.-Ztg.“, mit dem Plane um, das Programmwesen der höheren Schulanstalten neu zu gestalten und etwa nur alle drei Jahre gelehrte Abhandlungen erscheinen zu lassen. Die Schulcollegien sind deßhalb zu gutachtlichen Berichten von dem Unterrichtsministerium aufgefordert und veranlaßt worden, auch die Meinungen der Gymnasialdirectoren zu hören.

— **Gustav-Adolph-Verein.** Da die diesjährige Hauptversammlung des Vereins vertagt worden ist, haben diesmal die Haupt-Vorstände über die Vergebung der 5000 Thlr. an eine Gemeinde zu entscheiden. Von dem Centralvorstande sind Lessen (Westpreußen), Marseille und Reichenberg (Böhmen) vorgeschlagen.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Es ist dem „Warsch. T.“ zufolge der Plan gefaßt, eine neue Zweigbahn zwischen der Eisenbahn-Station Alexandrowo (Warschau-Bromberger Bahn) und dem 6 Werst davon entfernten Ciechocynek, wo sich Mineralbäder und Salinen befinden, zu erbauen, um so den Transport des Salzes nach Warschau und die Reise in die Bäder zu erleichtern.

— **Schlachthaus.** Die Reinlichkeitsmaßnahmen, welche die Polizeibehörde zur Erhaltung des allgemeinen Gesundheitszustandes e:lassen hat und deren Befolgung von ihr dankenswerther Weise energisch überwacht wird, hat einen seitens der städtischen Behörden in Erwägung gezogenen, auch im Handwerkervereine zur Sprache gebrachten Uebelstand so recht wahrnehmbar zu Tage treten lassen. Die hiesigen Fleischermeister haben besondere Schlachtlokale und kein gemeinschaftliches Schlachthaus, — das ist der Uebelstand, welcher für sie in Folge jener unerläßlichen Reinlichkeitsmaßnahmen mancherlei Unannehmlichkeiten, unter ihnen auch Polizeistrafen herbeigeführt. Das Fleischergewerk hat sich in Folge dessen beim Magistrat, wie bei den Stadtverordneten über die die Fleischermeister treffenden Polizeiverordnungen beschwert, natürlich aber ohne Erfolg, da das Vorgehen der Polizeibehörde im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege nur Anerkennung verdient. Das Gewerk will sich nun, wie wir vernehmen, an die Königl. Regierung zu Marienwerder wenden, namentlich zu dem Zwecke, die Errichtung eines Schlachthauses zu bewirken. Näheres hierüber mitzutheilen, wird uns später Gelegenheit gegeben werden.

— **Zur Ernte.** Das anhaltende Regenwetter Ende v. u. Anfangs d. Woche, welches am Montag und Dienstag ein heftiger Sturm begleitete, hat in unserer Gegend doch Schaden bereitet. Große Quantitäten Weizen und Erbsen sind zwar eingeerntet, aber auf vielen Stellen war die Ernte dieser Getreidegattungen noch in vollem Gange und da ist der Regen noch als einschädigen der Störenfriedein getreten. Die gleiche Notiz geht uns auch aus den benachbarten Distrikten des Polens zu, wo zu der unbeständigen Witterung als Hinderniß für den schnellen Fortgang der Erntearbeiten noch der Mangel an Arbeitern hinzutrat, welcher sich diesseits der Grenze im Allgemeinen nicht bemerklich gemacht hat.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

Thorn, den 16. August. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für
Weizen: Wispel gesund 42—64 thlr.
Roggen: Wispel 34—39 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 40—44 thlr.
Gerste: Wispel kleine 30—32 thlr.
Hafer: Wispel 23—24 thlr.
Rübsen: Wispel 72—78 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 12—14 sgr.
Butter: Pfund 6—6½ sgr.
Eier: Mandel 4—4½ sgr.
Stroh: Schock 10—11 thlr.
Heu: Centner 25 sgr.—1 thlr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 38½ pCt. Russisch-Papier 38 pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 16. August. Temp Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 1 Fuß 8 Zoll

Inserate.

Kirchliche Nachrichten.

In der evangelisch-lutherischen Kirche.
Freitag, den 17. August Abends 7 Uhr Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.